

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 190 (2024)

Heft: 12

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

NATO

Aufrüstung unumgänglich

Die NATO steht vor der grössten Aufrüstung seit dem Ende des Kalten Krieges. Nach bislang unveröffentlichten Dokumenten der Militärallianz soll die Zahl der kampfbereiten Brigaden von derzeit 82 auf 131 erhöht werden. Diese massive Aufstockung wurde von NATO-SACEUR Christopher Cavoli und seinem französischen Homologen im NATO-Allied Command Transformation (dem Teil des Bündnis, das die militärische Weiterentwicklung der Allianz durch Innovation, Ausbildung und Standardisierung steuert), dem französischen Admiral Pierre Vandier, als «absolut

notwendig» eingestuft. Jede dieser neuen Brigaden soll etwa 5000 Soldaten umfassen, was einem Gesamtbedarf von etwa 245 000 zusätzlichen Soldaten entspricht. Die Aufrüstungspläne gehen weit über die Aufstellung neuer Brigaden hinaus. Die Zahl der dem Supreme Headquarters Allied Powers Europe unterstellten Korps soll von 6 auf 15 und die der Divisionsstäbe von 24 auf 38 erhöht werden. Besonders dramatisch ist der geplante Ausbau der Luftverteidigung: Die Zahl der Flugabwehreinheiten soll von 293 auf 1467 gesteigert werden. Der neue NATO-Generalsekretär Mark Rutte betonte bei seinem Amtsantritt, dass es «keine Ausrede» gebe, nicht mehr in Verteidigung zu investieren. Die bisherige Zwei-Prozent-Vorgabe des BIP für Verteidigungsausgaben wird dabei nicht ausreichen. Estland for-



Der NATO-Generalsekretär lässt sich im Supreme Headquarters Allied Powers Europe über die Lage informieren. Bild: Mark Rutte

dert bereits eine Erhöhung auf 2,5 bis 3 Prozent. Die NATO-Führung drängt auf eine schnelle Umsetzung der Pläne. Grund ist die als bedrohlich eingeschätzte Aufrüstung Russlands, das seine Streitkräfte trotz hoher Verluste im Ukraine-Krieg weiter verstärkt. Russland produziert aktuell rund 1500 bis 2000 Kampfpanzer jährlich. Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius warnte deshalb bereits öfters vor einem möglichen aktiven Konflikt mit

Russland in den nächsten drei bis fünf Jahren. Die Realisierung dieser ambitionierten Pläne wird nicht nur durch finanzielle Beschränkungen erschwert. Auch die Rekrutierung des benötigten Personals und die Beschaffung der erforderlichen Ausrüstung stellen grosse Herausforderungen dar. Allein für die neuen Brigaden werden etwa 1200 Panzer, 2700 Schützenpanzer und 900 Artilleriesysteme benötigt. *pk*

EUROPA

Neue Raketen-Option

Die europäischen Staaten treiben die Entwicklung neuer Langstreckenwaffen mit Nachdruck voran. Im Juni unterzeichneten zunächst Frankreich, Deutschland und Polen eine Absichtserklärung zur gemeinsamen Entwicklung eines bodengestützten Marschflugkörpers mit einer Reichweite

von 1000 bis 2000 Kilometern. Diese Initiative trägt den Namen European Long Range Strike Approach (ELSA). In den folgenden Monaten schlossen sich weitere Länder dem Vorhaben an. Italien trat der Gruppe bei, ebenso wie Grossbritannien und Schweden. Der schwedische Verteidigungsminister Pal Jonson betonte Ende Oktober, der Krieg in der Ukraine habe gezeigt, wie wichtig Fähigkeiten zum Angriff auf weit entfernte Ziele seien – nicht nur zur Abschreckung, sondern auch um

einen Gegner daran zu hindern, Angriffe von ausserhalb der eigenen Reichweite zu starten. Die beteiligten Staaten wollen mit ELSA eine kritische Fähigkeitslücke im Bereich der weitreichenden Abstandswaffen schliessen. Ziel ist es, eine europäische Kooperation bei Entwicklung, Beschaffung, Betrieb und Ausbildung zu fördern. Die neue Waffe soll konventionelle Präzisionsschläge über grosse Distanzen ermöglichen. Als mögliche Systeme kommen ballistische Raketen, Marschflugkörper oder Hyperschallwaffen in Frage. Bereits positioniert sich der europäische Lenk Waffenhersteller MBDA als aussichtsreicher Kandidat für die Entwicklung. Das Unternehmen stellte auf der diesjährigen Eurosatory-Messe eine neue Cruise Missile vor, die auf dem Schiffsmarschflugkörper der französischen Marine basiert und eine Reichweite von über 1000 Kilometern haben soll. Parallel dazu kündigten die USA an, ab 2026 erstmals seit dem

Ende des Kalten Krieges und der INF-Verträge wieder Mittelstreckenraketen in Deutschland zu stationieren. Dazu gehören Tomahawk-Marschflugkörper, SM-6-Flugabwehrraketen und nicht konkret genannte neuartige Hyperschallwaffen. Die deutsche Bundesregierung betont, dass es sich bei den geplanten Systemen um konventionelle Waffen handelt. Anders als beim NATO-Doppelbeschluss in den 1980er-Jahren seien keine Atomwaffen vorgesehen. Deutschland rüstet sich ebenfalls mit weiteren Taurus aus. Insgesamt zeigt sich, dass die europäischen NATO-Staaten ihre Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten angesichts der veränderten Sicherheitslage deutlich ausbauen wollen. Die Entwicklung weitreichender Präzisionswaffen hat dabei hohe Priorität. Entsprechend betonen aber auch sämtliche Beteiligten ihre Bereitschaft zu Rüstungskontrollvereinbarungen, sollte Russland dazu bereit sein. *pk*



Unterzeichnung der ELSA-Initiative im Juli. Bild: Deutsches Verteidigungsministerium

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE

Russischer Grosspartner?

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Russland haben in den letzten Jahren ihre Beziehungen deutlich intensiviert, insbesondere im militärischen und wirtschaftlichen Bereich. Ein bemerkenswertes Beispiel dafür ist die kürzliche Lieferung gepanzerter Fahrzeuge des emiratischen Herstellers Streit Group an Russland. Entsprechende Fahrzeuge wurden auf Bildern russischer Streitkräfte in der Ukraine gesichtet. Die Vertiefung

der Beziehungen zeigt sich auch in diplomatischen Bemühungen. Die VAE haben sich schon mehrmals erfolgreich als Vermittler bei Gefangenenaustauschen zwischen Russland und der Ukraine eingebracht. Allein dieses Jahr konnten durch emiratische Vermittlung acht solcher Austausche durchgeführt werden, bei denen insgesamt 1994 Gefangene freigelassen wurden. Der jüngste Austausch im Oktober umfasste 190 Kriegsgefangene, jeweils 95 von jeder Seite. Wirtschaftlich haben die VAE ihre Investitionen in Russland erheblich ausgeweitet, insbesondere in den Bereichen Energie, Infrastruktur und Technologie. Ein Beispiel ist die Beteiligung des emiratischen Hafenbetreibers DP World an der



Der russische Sicherheitsratssekretär Sergej Shoigu und Scheich Mohamed bin Zayed Al Nahyan in Abu Dhabi. Bild: Emirates News Agency, WAM

Entwicklung von Hafenterminals und Logistikinfrastruktur in Russland. Im Gegenzug haben russische Unternehmen ihre Präsenz in den VAE verstärkt, was zu einer Verdoppelung der russischen Exporte in die Emirate führte. Die strategische Partnerschaft zwischen den VAE und Russland manifestiert sich auch in der gemeinsamen Teilnahme an internationalen Foren wie der Shanghai Cooperation Organization und den Brics-Staaten. Die VAE wurden dieses Jahr offiziell in die Brics-Gruppe aufgenommen,

was ihre wachsende Bedeutung in der globalen Geopolitik unterstreicht. Zuletzt hat der Präsident der VAE, Scheich Mohamed bin Zayed Al Nahyan, bei einem Treffen mit dem russischen Sicherheitsratssekretär Sergej Schoigu Ende Oktober das Interesse seines Landes an einer strategischen Partnerschaft mit Russland bekräftigt. Es zeigt sich, dass die VAE somit eine Position zwischen den Fronten einnehmen und die westlichen Sanktionen (die sie übrigens nicht mittragen) gegen Russland untergraben. *pk*

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Laser-Drohnenabwehr mit Partnern



Erfolgreicher Drohnenabschuss mittels Laser. Bild: Ministry of Defense

Die Entwicklung von Hochenergie-Laserwaffen zur Drohnenabwehr hat im zweiten Halbjahr bedeutende Fortschritte gemacht. Genannt Dragonfire ist es ein revolutionäres Laserwaffensystem, das Drohnen und Raketen präzise vom Himmel schiessen kann, wobei die Betriebskosten nur etwa umgerechnet 12 Schweizer Franken pro Schuss betragen. Das 35-Millionen-Technologie-Demonstrationsprogramm wurde von einem Industrieteam unter der Führung von MBDA (im Besitze von Airbus, BAE Systems und Leonardo) entwickelt. Die ersten erfolgreichen Tests mit

einem auf einem Wolfhound-Kampffahrzeug montierten Lasersystem fanden auf den Hebriden vor der schottischen Küste statt, wo mehrere Drohnen abgeschossen wurden. Die Reichweite ist zwar geheim, aber das System kann jedes sichtbare Ziel erfassen und könnte innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre einsatzbereit sein. Parallel dazu hat die US-Armee zwei Hochenergielaser im Nahen Osten stationiert, um feindliche Drohnen abzuwehren. Diese 20-Kilowatt-Systeme (PHEL) markieren den ersten öffentlich bestätigten Einsatz von Laserwaffen zur Luftverteidigung ausserhalb experimenteller Tests. Das israelische Unternehmen Rafael präsentierte auf der AUSA im Oktober seine neueste Version des Lite-Beam-Lasersystems. Mit einer Leistung von zehn Kilowatt und einer Reichweite von bis zu 2000 Metern ist es speziell für die mobile Abwehr von Drohnenschwärmen konzipiert. Eine wichtige Entwicklung stellt auch die Kooperation zwischen Rheinmetall und MBDA dar. Die beiden Unternehmen kündigten an, bis 2030 ein maritimes Laserwaffensystem zur Marktreife zu bringen. Dieses soll besonders zur

Drohnenabwehr auf Schiffen eingesetzt werden. Die technischen Herausforderungen bleiben für die Betreiber jedoch beträchtlich. Die Systeme müssen präzise auf ihr Ziel ausgerichtet bleiben und

sind von Wetterbedingungen und Topografie abhängig. Dennoch zeigt der Trend, dass Laserwaffen künftig eine wichtige Ergänzung zu konventionellen Abwehrsystemen darstellen werden. *pk*

SUDAN

Abschuss offenbart globale Verstrickungen

Am 21. Oktober kam es im Sudan zu einem folgenschweren Zwischenfall, der die komplexen internationalen Verstrickungen im anhaltenden Bürgerkrieg des Landes offenlegte. In der Region Darfur wurde ein russisches Frachtflugzeug vom Typ Iljuschin Il-76 abgeschossen. Die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) reklamierten den Abschuss für sich, gaben jedoch an, ein feindliches Kampfflugzeug getroffen zu haben. Tatsächlich handelte es sich um eine Maschine, die mutmasslich Waffen und Versorgungsgüter für die RSF selbst transportierte. An Bord befanden sich russische und kirgisische Staatsangehörige. Die Herkunft des Flugzeugs und seine Verbindungen zu den

Vereinigten Arabischen Emiraten deuten auf ein kompliziertes Netzwerk internationaler Unterstützung hin. Während die RSF Hilfe von den VAE und russischen Wagner-Söldnern erhält, wird die sudanesischen Armee von Ägypten, der Türkei und dem Iran unterstützt. Auch ukrainische Spezialkräfte sollen gegen russische Söldner im Sudan aktiv sein. Der Vorfall verdeutlicht, wie der sudanesischen Konflikt zunehmend zu einem Stellvertreterkrieg verschiedener regionaler und globaler Akteure wird. Der seit April 2023 andauernde Bürgerkrieg hat bisher schätzungsweise 150 000 Todesopfer gefordert und über zehn Millionen Menschen vertrieben. *pk*

LITAUEN

Russland abriegeln

Litauen verstärkt seine Grenze zur russischen Exklave Kaliningrad mit umfangreichen Verteidigungsmassnahmen. Im Rahmen eines langfristigen Projekts zur Stärkung der Landesverteidigung werden entlang der Grenze zu Russland und Belarus permanente Sperranlagen errichtet. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Sicherung strategisch wichtiger Brücken über den Fluss Memel. Im Oktober wurden am Übergang, der Litauen mit der Stadt Sowetsk (vormals Tilsit) in Kali-

ningrad verbindet, Panzersperren (Drachenzähne) sowie Panzerigel installiert. Zusätzlich wurde Stacheldraht verlegt. Der litauische Verteidigungsminister Laurynas Kasciunas erklärte, dass diese Massnahmen darauf abzielen, im Ernstfall feindliche Fahrzeuge zu stoppen. Weitere Brücken sollen demnächst in ähnlicher Weise befestigt oder sogar für eine mögliche Sprengung vorbereitet werden. Die Verteidigungslinie erstreckt sich über verschiedene Terraintypen, darunter Landabschnitte, Flussübergänge und die Kurische Nehrung. Für jeden Bereich werden spezifische Sperr- und Hinderniskonzepte entwickelt. Insgesamt plant Litauen, in den nächsten zehn Jahren rund



Litauen sperrt seine Grenzen zur Stadt Sowetsk (vormals Tilsit) in Kaliningrad.
Bild: Verteidigungsministerium Litauens

600 Millionen Euro in dieses Projekt zu investieren, wobei ein Grossteil der Mittel für Minen vorgesehen ist. Litauen, das seit 1990 von Russland unabhängig ist, sieht sich durch die stark militarisierte russische Exklave Kaliningrad besonders bedroht. Die Befestigungsmassnahmen sollen deshalb sowohl der Ab-

schreckung dienen, als auch im Konfliktfall Zeit für eine NATO-Reaktion verschaffen. Trotz der angespannten Lage betonen litauische Offizielle, dass die physischen Barrieren nur ein Teil der Verteidigungsstrategie sind. Sie werden durch Feuerkraft und eine erhöhte Einsatzbereitschaft der Streitkräfte ergänzt. *pk*

RUSSLAND-UKRAINE

Nordkoreas Truppen bilden eine gefährliche Eskalation

Die Stationierung nordkoreanischer Soldaten zur Unterstützung Russlands im Ukraine-Krieg stellt eine ernsthafte Bedrohung für Europa, die USA und den gesamten indo-pazifischen Raum dar. Dies betonte NATO-Generalsekretär Mark Rutte in einem direkten Appell an den neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump. Nach Schätzungen des Pentagon wurden rund 10 000 nordkoreanische Soldaten in die russische Grenzregion Kursk verlegt, wo sie in Infanterietaktiken ausgebildet werden. Rutte warnte, dass Russland im Gegenzug für die militärische Unterstützung neueste Technologie an Nordkorea liefere. Dies bedrohe nicht nur den europäischen Teil der NATO, sondern auch das amerikanische Festland. Die Raketen Pjöngjangs könnten nun alle US-Städte erreichen. Der NATO-Chef rief deshalb zu einer gemeinsamen Reaktion auf und äusserte

sich zugleich hoffnungsvoll über eine mögliche Zusammenarbeit mit Trump. Die Präsenz nordkoreanischer Truppen auf europäischem Boden wird als historischer Wendepunkt gesehen. Es ist das erste Mal seit einem Jahrhundert, dass Russland ausländische Truppen ins Land eingeladen hat. Neben Nordkorea nannte Rutte auch China und den Iran als Partner Russlands im Ukraine-Krieg. Präsident Wolodimir Selenski bestätigte, dass nach Angaben seines Geheimdienstes inzwischen sogar über 11 000 nordkoreanische Soldaten zur Unterstützung beigezogen wurden. Er kritisierte die zu schwache Reaktion westlicher Verbündeter auf diese Entwicklung. Die NATO sieht in der Verlegung nordkoreanischer Truppen ein Zeichen der wachsenden Verzweiflung Putins angesichts hoher russischer Verluste. Rutte betonte, die NATO-Verbündeten würden die Ukraine weiterhin unterstützen, da deren Sicherheit auch die Sicherheit des Bündnisses betreffe. Südkoreas Präsident Yoon Suk Yeol schloss unterdessen nicht aus, Waffen an die Ukraine zu liefern, sollte sich Nordkorea weiter in den Konflikt einmischen. *pk*

POLEN

Das neue Bollwerk Europas

Die Spannungen zwischen Polen und Russland haben in den letzten Wochen deutlich zugenommen. Auslöser war eine Äusserung des ehemaligen polnischen Generalstabschefs Rajmund Andrzejczak auf einer Konferenz zur Verteidigung der baltischen Staaten. Er warnte Russland eindringlich vor einem Angriff auf NATO-Territorium und drohte mit sofortigen Vergeltungsschlägen. Konkret sagte Andrzejczak, dass bei einem russischen Übergriff auf Litauen innerhalb der «ersten Minute alle strategischen Ziele Russlands in einem Umkreis von 300 Kilometern angegriffen würden, einschliesslich St. Petersburg». Diese Aussage sorgte für erhebliche Verstimmung in Moskau. Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, bezeichnete Andrzejczak als «pensionierten Narren» und erinnerte an die historischen Teilungen Polens. Er warnte davor, «das Biest zu wecken», da War-

schau einst Teil des russischen Reiches gewesen sei. Parallel dazu kündigte der polnische Aussenminister Radoslaw Sikorski an, dass Polen in Kürze eine Raketenabwehrbasis in Redzikowo eröffnen werde. Diese sei Teil des integrierten Luft- und Raketenabwehrsystems der NATO und könne auch russische Raketen abfangen, die auf Polen gerichtet seien. Die Spannungen erreichten einen neuen Höhepunkt, als Sikorski kurz danach die Schliessung des russischen Generalkonsulats in Posen anordnete. Er begründete diesen Schritt mit Sabotageakten, die von Moskau gesponsert worden seien. Konkret nannte er einen vereitelten Brandanschlag in Breslau, für den ein ukrainischer Staatsbürger im Auftrag russischer Agenten verantwortlich gewesen sein soll. Sikorski warnte, dass etwa 20 weitere Sabotageverdächtige in Polen unter Beobachtung stünden. Als Reaktion auf die Schliessung des Konsulats müssen nun zehn russische Mitarbeiter Polen verlassen. Die russische Aussenamtssprecherin Maria Sacharowa kündigte umgehend eine «schmerzhafteste Antwort» an und warnte die polnischen Diplomaten, sich bereit zu machen. *pk*

CHINA

Neuer Kampffjet fünfter Generation

Die chinesische Luftwaffe hat am 5. November offiziell ihren neuesten Tarnkappenjäger J-35A vorgestellt. Das Flugzeug wurde kurz danach auf der Luftfahrtmesse in Zhuhai erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Mit der Einführung des J-35A verfügt China nun nach dem J-20 über einen zweiten Tarnkappenjäger der fünften Generation. Der J-35A ist eine Weiterentwicklung des ursprünglich als FC-31 bekannten Prototyps. Er wurde speziell für die Luftwaffe optimiert, während parallel dazu eine Variante für den Einsatz auf Flugzeugträgern entwickelt wird. Gegenüber früheren Versionen weist die Maschine zahlreiche Verbesserungen auf, darunter ein überarbeitetes Cockpit, neue Sensoren und aerodynamische Anpassungen zur Verbesserung der Tarn-



Der J-35A ist Chinas Antwort auf den amerikanischen F-35. Bild: Verteidigungsministerium der Volksrepublik China

kappeneigenschaften. Experten sehen in diesem Flugzeug eine Antwort Chinas auf den amerikanischen F-35. Auffällig dabei sind natürlich gewisse äusserliche Ähnlichkeiten, was Spekulationen über möglichen Technologiediebstahl befeuert, und allein schon die Typenbezeichnung spricht Bände. An-

ders als der F-35 verfügt der J-35A jedoch über zwei Triebwerke. Genaue technische Details hält China bisher unter Verschluss. Neben dem Einsatz bei der eigenen Luftwaffe sieht Peking auch Exportchancen. Pakistan hat bereits Interesse an diesem Flugzeug bekundet. Die Entwicklung des J-35A ist

ein Beleg für Chinas wachsende militärische Fähigkeiten. Man darf davon ausgehen, dass der Typ trotz aller Fortschritte in Bereichen wie Sensorfusion und Datenverarbeitung noch nicht das Niveau des F-35 erreicht hat. *pk*

FRANKREICH

Iranische Einflussnahme

Die Unterwanderung westlicher Demokratien durch ausländische Nachrichtendienste hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Ein aktuelles Beispiel zeigt sich in Frankreich, wo systematische Infiltrationsversuche durch die Islamische Republik Iran aufgedeckt wurden. Die iranische Strategie zielt dabei besonders auf linke politische Bewegungen ab. Bereits in der Vergangenheit versuchte der Iran, die Sozialistische Partei Frankreichs zu unter-

wandern, was durch den französischen Geheimdienst vereitelt werden konnte. Aktuell steht besonders die Kommunistische Partei Frankreichs im Fokus. Sie öffnete mehrfach ihre Räumlichkeiten für hochrangige Persönlichkeiten mit direkten Verbindungen zum iranischen Regime. Parallel dazu wurden Verbindungen zwischen der Partei La France insoumise und palästinensischen Aktivisten nachgewiesen, die der Volksfront zur Befreiung Palästinas und deren Fundraising-Organisation Samidoun, mit engen Beziehungen zu den iranischen Revolutionsgarden, angehören. Diese Entwicklungen sind besonders besorgniserregend im Kontext der allgemeinen Bedro-

hungslage durch ausländische Einflussnahme in Frankreich. Die Direction générale de la sécurité intérieure (französischer Inlandsgeheimdienst DGSI) warnt deshalb verstärkt vor politischer Einmischung und Desinformationskampagnen. Besonders betroffen sind neben politischen Kreisen auch die Zivilgesellschaft und akademische Einrichtungen. Denn 30 Prozent der Franzosen nehmen unterdessen die heimische Medienberichterstattung als pro-israelisch voreingenommen wahr, während nur 18 Prozent sie als unparteiisch und 10 Prozent als pro-palästinensisch einschätzen. Die Methoden der Einflussnahme sind indes vielfältig: von der Infiltration durch

getarnte Agenten bis hin zu gezielter Desinformation, die darauf abzielt, das französische Demokratiemodell zu diskreditieren. Der ehemalige Direktor der DGSI, Nicolas Lerner, bestätigte, dass mehrere französische Parlamentarier in den vergangenen Monaten Kontakte zu ausländischen Geheimdienstmitarbeitern unter diplomatischer Tarnung unterhielten – teilweise ohne deren wahre Identität zu kennen. Lerner, der unterdessen den Auslandgeheimdienst leitet, betont deshalb die wachsende Bedeutung der Spionageabwehr und die Notwendigkeit verstärkter Sicherheitsmassnahmen zum Schutz demokratischer Institutionen. *pk*